



GLuP im Rat der Stadt Laatzen

Antrag - öffentlich -

Beratungsfolge:

Ausschuss für Gesellschaft, Sport und Soziales

Drucksachen-Nr.: 2014/066

am 24.02.2014

TOP:

Verhinderung von Stromsperren - Antrag der Gruppe Linke und Piraten im Rat -

Herrn Bürgermeister
Thomas Prinz
Marktplatz 13
30880 Laatzen

06.02.2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen:

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Abschluss einer Vereinbarung mit Grundversorger(n) über eine Informationspflicht über drohende Stromabschaltungen zu prüfen. Dadurch sollen insbesondere Familien mit Kindern, Rentner/innen und chronisch kranke Menschen unterstützt werden mit dem Ziel, eine Stromsperre und die damit entstehenden zusätzlichen Kosten und Probleme zu verhindern.

Die Unterstützung soll sich in zwei Teile gliedern:

1. Die Stromsperre muss abgewendet werden.
2. Die betroffenen Familien erhalten Unterstützung und Beratung durch die Stadtverwaltung. Die zuständigen Stellen außerhalb der Stadtverwaltung werden in die Beratung einbezogen.

Dazu beantragen wir die Einrichtung eines Nothilfe-Budgets zur sofortigen Unterstützung der Betroffenen in Form eines Darlehens. Die Stadtverwaltung wird

um Prüfung gebeten, ob für eine derartige Soforthilfe Haushaltsmittel bereits zur Verfügung stehen. Wir gehen von einem jährlichen Bedarf von 20 TEUR aus. Des Weiteren wird die Stadtverwaltung um Prüfung gebeten, ob die aktuelle Stellenanzahl zur Bearbeitung der Fälle ausreichend ist.

Begründung:

Laut Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 unseres Grundgesetzes hat jeder Mensch „das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“.

In der Vergangenheit gab es im Bundesgebiet nach der Abschaltung des Stroms mehrere Todesfälle durch Brände. Diese wurden zum Teil durch Kerzen oder ungeeignete Heizgeräte verursacht, die die betroffenen Menschen genutzt haben, um die Probleme der Stromabschaltung zu reduzieren.

Als sozial eingestellte Stadt ist es unsere Aufgabe und Verantwortung, derartige Vorkommnisse in Laatzen zu verhindern. Des Weiteren soll verhindert werden, dass durch die anfallenden Kosten der Sperrungen die Betroffenen, die i.d.R. über keine Finanzmittel verfügen, noch stärker belastet werden.

Für die Gruppe GLuP im Rat der Stadt Laatzen

Ralf Wetzol (DIE LINKE.) und Heiko Schönmeyer (PIRATEN)